

Correspondent

Er scheint

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Dienstag, Donnerstag,
Sonntag.
Jährlich 150 Nummern.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

41. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 22. September 1903.

№ 110.

„Wär' die Idee nicht so verflucht gescheidt — —“

Wie die Arbeitskraft des Arbeiters am intensivsten ausgenutzt werden kann, dieses Problem hat noch zu allen Zeiten die „Herren“ sehr lebhaft beschäftigt: Man ist dabei auf die raffiniertesten Mittel verfallen, um aus dem Arbeiter herauszuholen, was herausgeholt werden kann. Von dem ältesten Mittel in der Geschichte der Arbeit, der Anstreiberi, abgesehen, ist da in der Zeit des modernen Kapitalismus ein hübsches Bouquet von „Arbeitsbefehlennigungs“-Methoden zusammengekommen, teils lächerlicher, teils verächtlicher, teils empörender Natur. In Buchdruckerkreisen findet man auf den Druckmaschinen anscheinend harmlosen „Antrieb“ das mit Blau- oder Rotfärbung unterstrichene „Eilt!“ „Eilt sehr!“ „Dringend!“ „Heute noch!“ usw. Man darf man aber nicht denken, es gelte diese „Dringlichkeitsfrage“ lediglich der Bevorzugung dieser „Eilt sehr“-Arbeiten vor anderen, i wo, in unseren modernen Druckereien — wenn auch nicht in allen — wird jede Arbeit als dringlich signiert, weil die leidige Konkurrenz im Buchdruckgewerbe bereits die Schnelligkeit im Bäckereiberufe überholt hat. Der Gewißgeldseger aber, dessen Gesuche um Lohnerschöpfung vielfach mit dem Hinweise auf die schlechten geschäftlichen Zeiten abgewimmelt werden, sieht sich vor einen Berg eiliger Arbeiten gestellt, deren Erledigung alle Augenblicke der Faktor, der Prinzipal oder sonst wer kontrolliert und die so den Sezer zwingen, unverhältnismäßig mehr zu arbeiten als er Lohn erhält. Bei der meist billigen Preisnotierung für merkantile und sonstige Akzidenzarbeiten in mittleren und kleineren Druckereien bleibt dem Sezer weiter nichts übrig, als unheimlich loszulegen oder seiner Wege zu gehen. Am schlimmsten ist es natürlich, wenn so eine „eilige“ Arbeit an vier oder fünf Sezer verteilt wird und von diesen zwei oder drei, um sich die „Anerkennung“ des Prinzipals zu verdienen, mit maschineller Geschwindigkeit ihr Deputat herunterzuschustern, so daß die normal und im Verhältnisse zu ihrem Lohne arbeitenden Gehilfen als die „Pflücker“ und „Stümper“ dastehen, die nichts können und „das Salz in der Suppe nicht verdienen“. Das sind natürlich auch die ersten, die bei Arbeitsmangel „hinausfliegen“. — Noch schlimmer ist es bei der Herstellung von Zeitungen im gewissen Gelde und namentlich dort, wo bis zur letzten Stunde noch größere Inseratenaufträge angenommen werden. Da helfen die schönsten Prinzipien nicht, das Blatt muß zur richtigen Zeit fertig werden und wer da seine Kräfte nicht bis zum äußersten anstrengt, „liegt“ als unbrauchbar ebenfalls. Es ist leider nicht möglich, statistisch festzustellen, wie viel über die angemessene tarifliche Arbeitsleistung hinaus unbezahlte Arbeit von der Gehilfenschaft verlangt und auch geleistet wird. Hier haben wir es aber mit einem ernsten Kapitel zu tun, weil bestimmte tarifliche Grundlagen nicht vorhanden sind und in der Praxis „das gegenseitige Schätzen und Zutrauen“ weder die Arbeitsleistung noch den Lohn fest umgrenzt. Dafür sorgt die Arbeitslosigkeit, die Uebermacht des Kapitals und die Konkurrenz

der Arbeiter untereinander. Einen gerechtern Ausgleich könnte nur das Berechnen für alle angängigen Arbeiten schaffen.

Behufs Steigerung der Arbeitsleistung sind die Kapitalisten und ihre technischen Beiräte in verschiedenen anderen Berufen zu dem Versuche gekommen, den Arbeiter durch Stratifikationen, Gewinnbeteiligung usw. zu einer größeren technischen Leistungsfähigkeit aufzumuntern. Dieser Blinder ist ebenso alt wie die Geschichte unserer modernen Produktionsweise. Und recht oft sind die Arbeiter darauf hineingefallen, haben am Jahreschlusse einige Groschen Mehrverdienst in die Tasche geschoben, dafür aber dem Unternehmer einen ungeahnten höhern Profit gesichert. Das Buchdruckgewerbe hat bisher auf solche „weitblickende“ Prinzipale, auf eine solche „gerechte Anteilnahme“ der Arbeiter an dem durch die gemeinsame Arbeit geschaffenen Gewinn“ verzichten müssen. Gewiß nicht zu seinem Schaden — wenigstens nicht zu dem der Arbeiter. Da dringt aus der „freien Schweiz“ die Kunde ins „Schwabenland“, daß ein Faktor der Buchdruckerei Drell Füßli in Zürich diesen lang ersehnten Weg mit dem Vorschlage eines sogenannten „Bonifikations-Systems“ beschritten hat. Die Helvetische Typographie, der wir diese Mitteilung verdanken, bringt über die von dem Faktor H. Weidmann dem Personale vorgeschlagenen Grundzüge dieses Systems folgende Details:

1. Dieses System bezweckt einerseits, die Herstellungskosten einer Druckerarbeit auf dasjenige Minimum zu reduzieren, welches bei normalen Verhältnissen und unter Ausnahme einer Durchschnittsleistung des Sezers zu erreichen möglich ist. Andererseits bietet es denjenigen Sezern, deren Leistungen sich über das Durchschnittsmaß erheben, eine ihrer Mehrleistung angemessene Entschädigung.

2. Um diesen Zweck zu erreichen, wird beim Uebergeben einer Arbeit deren Satzzeit mit dem Sezer vereinbart und notiert. Hierbei ist auf die besonderen Verhältnisse, unter welchen die Arbeit hergestellt werden muß, wie Materialmangel usw., Rücksicht zu nehmen.

3. Ergibt es sich, daß die effektiv für eine Arbeit verwendete Zeit unter der vereinbarten Normalzeit geblieben ist, so wird dem oder den betreffenden Sezern für jede Stunde Differenz zwischen der vereinbarten und der wirklichen Satzzeit eine Bonifikation ausbezahlt und zwar je Ende des laufenden Monats. Der Aufsatz pro Stunde für die Bonifikation soll dem gewöhnlichen Stundenansatze entsprechen.

4. Für wiederkehrende Arbeiten, welche bereits nach diesem Systeme hergestellt worden sind, ist bei einer neuen Vereinbarung die früher festgesetzte Durchschnittszeit anzuzurechnen und nicht etwa die niedrigere effektive Satzzeit.

Zu einer Art „Kommentar“ erläutert Herr Weidmann noch, daß es

„selbstverständlich nicht möglich sein wird, dieses Prinzip bei allen Arbeiten durchzuführen. Auch wird es nicht fehlen, daß sich beim Schätzen der Arbeiten größere Differenzen nach unten oder oben ergeben werden, welche bei Wiederholungen zu rektifizieren wären. Immerhin erscheint dieses Berechnungssystem bei alleseitiger loyaler Auffassung und Ausführung geeignet, beiden Teilen Vorteile zu bieten, und sollte daher auch Zuvorher bereits vorurteilsfreie Aufnahme finden.“

Man hat hier mit zwei Möglichkeiten zu rechnen: entweder glaubt Herr Weidmann, mit diesem Berechnungs-Systeme den Gehilfen eine allerdings notwendige Mehreinnahme zuzuwenden und die Kontrolle der Arbeit zu vereinfachen, oder es soll der rücksichtsloseste Konkurrenzkampf unter den Gehilfen

geschürt und jeder einzelne unter ihnen zum Prämien-Refordreher herangezogen werden — wobei natürlich das Geschäft den lachenden Dritten abgibt. Mit Recht macht die Helvet. Typogr. gegen dieses Vergütungssystem mobil und verweist auf die alten Arbeiter, die sich dann getrost begraben lassen können. Der Schnellhase, der Schnellseger wird dann den Typus der Arbeiter ausmachen, die in den Druckereien verlangt werden, alle anderen mögen dann auf der Strecke liegen bleiben. Dann braucht keine Arbeit mit dem bekannten, einen gelinden moralischen Druck ausübenden „Eilt sehr!“ bezeichnet zu werden, denn der Arbeiter vergißt dann, daß er Mensch ist und sieht sein „Ziel“ erst dann erreicht, wenn er sich in kurzer Zeit die — Schwindmühe an den Hals gearbeitet hat. Die Sache hat aber außer diesem noch einen gefährlichen Hintergrund: die Herunterdrückung des Lohnes! Beispielsweise wird für eine Arbeit eine Satzzeit von fünf Stunden vereinbart. Der Sezer braucht aber nur vier Stunden = eine Stunde „Bonifikation“! Damit wäre nach Herrn Weidmann der Fall eingetreten, „daß sich beim Schätzen der Arbeiten größere Differenzen nach unten oder oben ergeben“ haben, was „bei Wiederholungen zu rektifizieren“ wäre! Wie groß denkt sich Herr Weidmann diese Differenzen? Zwar spricht er von „allseitiger loyaler Auffassung“, aber der Teufel holt die „Loyalität“, wenn der Geldbeutel in Frage kommt. Die Folge würde sein, daß im obigen Falle die „Differenz“ mindestens um eine halbe Stunde vermindert würde, d. h. soweit, daß bei größter Anstrengung eine „Bonifikation“ überhaupt nicht zu erzielen wäre. Und was geschieht, wenn der Sezer trotz stieberhaften Fleißes sich um eine viertel oder halbe Stunde zu seinen Ungunsten verrechnet? Er würde günstigenfalls soviel Zeit mehr bewilligt erhalten als notwendig ist, um bei angestrengtester Arbeit in einer gewissen Zeit das gestellte Pensum zu erledigen. Das Fazit wäre wieder keine Bonifikation und ein gutes Geschäft für Drell Füßli. Und wenn dann in einem Jahre alle Druckerarbeiten nach diesem Systeme behandelt sind, dann weiß die Firma ganz genau, was sie an Arbeitsleistung verlangen kann und stellt als unzweckmäßig die „Bonifikation“ ein, aber nicht die Anforderung an das Personal. Und wer dann nicht will, der kann sein Bündel schnüren. Haben wir in dieser Beziehung nicht schon genügend Erfahrung hinter uns? Wenn heute eine Zeitung z. B. aus dem Berechnen ins gewisse Geld kommt, verlangt der Prinzipal unter der neuen Entlohnung daselbe Quantum an Arbeit wie vorher im Berechnen, geschweige denn bei dem Systeme des Herrn Weidmann. Lohnrückereien wären also die unausbleiblichen Folgen des gemachten Vorschlages. Es muß im schlimmsten Sinne auch jede Kollegialität untergraben, denn hier handelt es sich nicht, wie beim Berechnen, um feststehende Grundpreise, sondern um Spekulations-, um Willkürpreise, denn so dumm ist auch Herr Weidmann nicht, daß er für Arbeiten, die in vier Stunden hergestellt werden, permanent fünf Stunden bezahlt. Uebrigens darf man sich die Praxis bei diesem Verfahren nicht so leicht vorstellen. Als Schreiber

dieses im Jahre 1883 bei dem Buchdruckereibesitzer Th. Ries in Mostau konditionierte, war eine ähnliche Gepflogenheit dort Mode. „Was verlangen Sie für diese Akzidenz?“, hieß es. „Drei Rubel!“ „Das ist zu viel.“ „Billiger geht's nicht.“ „Na, dann mag sie K. J. machen.“ Wir verloren deshalb unsere Kondition, weil wir diesen „loyalen“ Konkurrenzkampf nicht mitmachen wollten. — Die Schweizer Kollegenchaft muß mit allen Mitteln und Kräften dieses „Bonifikationsystem“ bekämpfen, das gleichermaßen unwürdig und schädlich für die Gehilfen ist.

Wie die soeben eingetroffene jüngste Nummer der Selbst. Typographie besagt, hat das Personal von Drell Fißli in wohlmotivierter Eingabe das proponierte Bonifikationsystem einstimmig zurückgewiesen. Unser Bruderorgan sagt dazu:

„Herr Faktor Weidmann wird darüber im innersten Herzen nicht unglücklich sein. Es wäre aber auch wirklich dem im Dienste der berühmten Firma ergauten tüchtigen und loyalen Fachmanne zu viel zugemutet, in seinen alten Tagen mit dem alten Personale noch so ergötzen zu müssen. Das ist einmal eine erfreuliche, das Personal ehrende Nachricht. Das Weitere wird abgewartet werden müssen, denn die Wege dieser Geschäftsleitung sind wunderbar. Nescis, quid vesper serus veniat!“ („Du weißt nicht, was der späte Abend bringt!“)

Der Breslauer Krankentag.

Der von uns bereits kurz erwähnte 10. deutsche Krankentag in Breslau brachte gleich am ersten Tage eine ziemlich heftige Debatte über den Geschäftsbericht der geschäftsführenden Kasse (Leipzig). Sydow-Berlin kritisierte, daß der Bericht höchst unvollkommen sei. Alle die wichtigen Vorkommnisse des letzten Jahres auf dem Gebiete der Sozialreform hätten darin nicht die entsprechende Würdigung erfahren: Die Wohnungsfrage, die Arztfrage, die neue Krankennovelle, der Krankentagkongress. Der geschäftsführende Ausschuß dürfe nicht zu einer reinen Registriermaschine herabsinken. Es sei aber selbst nicht einmal alles registriert worden. Besonders notwendig sei es insbesondere gewesen, die scharfen Angriffe zurückzuweisen, die die Ärzte gegen die Krankentagverwaltungungen geschleudert hätten usw. Uhlmann-Leipzig bezeichnete das Verlangen Sydows, in dieser Weise den Bericht zu vervollständigen, als unmöglich, wenn man nicht für diesen Zweck, der der Herausgabe eines wissenschaftlichen Werkes gleich komme, extra eine Person anstelle. Die Vorstandsmitglieder seien mit Arbeit gerade genug bedacht, so daß ihnen zu einer derartigen Erweiterung des Berichtes die Zeit fehle. Auch sei eine solche bisher noch nie gewünscht worden. Schließlich wurde auf Antrag Prinz-Kottbus eine ständige Kommission „zur Unterstützung der geschäftsführenden Kasse“ gewählt, was einem Mißtrauensvotum gegen die Leipziger Kasse ziemlich gleich kommt. Hierauf hielt Medizinalrat Dr. Reiser-Breslau einen Vortrag über das Thema: „Inwieweit können die Krankentage zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten beitragen.“ In der Berichterstattung wird über diesen Vortrag gesagt: „Der außerordentlich lichtvolle und von großen sozialpolitischen Verständnisse durchwehte Vortrag soll auf Beschluß des Krankentages in Druck gegeben werden.“ — Im weiteren Verlaufe wurden die Fragen einer verkürzten Arbeitszeit, der Statistik, der Krankentagkontrolleure und der ärztlichen Behandlung behandelt, worauf Rechtsanwält Dr. Honigmann-Breslau über die Aufgaben der Krankentage in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sprach. Seine interessanten Ausführungen bildeten im großen und ganzen eine Anklage gegen die herrschende Gesellschaft, die ihre Pflicht in sozialer Beziehung nicht tue. Der Redner erkannte die großen Verdienste der Ortskrankentage und der Arbeiterbewegung an. Die Hebung der unteren Klassen sei das erstrebenswerte Ziel aller in der Sozialpolitik tätigen Faktoren. Der Mitreferent Prinz-Kottbus forderte eine Differenzierung der Beitragsklassen auf Grund des individuellen Arbeitsverdienstes, die Erhöhung der Beitragsätze, die Erweiterung der Kranken-Unterstützung und deren Erhöhung, vorübergehende Tätigkeit der Krankentage unter Anstrengung der Kostenverteilung auf Berufsgenossenschaften und Landesversicherungsanstalten, Sicherung eines sozialpolitisch gesulten Beamtentandes und ausreichende Versorgung desselben durch angemessene Dienstverträge, Belebung und Vertiefung der Selbstverwaltungseinrichtungen, Heranbildung der Kassenorgane zur verständnisvollen Mitarbeit. — Am zweiten Tage wurde in die Debatte über diese Vorträge eingetreten, wobei man sich scharf gegen die Betriebs- und Innungs-krankentage aussprach und die namentlich bei den Betriebskrankentagen herrschenden Mißstände verurteilte. Auch gegen die übermäßigen Forderungen der Ärzte wandten sich die Delegierten. Die Arzthonorare seien im letzten Jahre um mehr als 100 Proz. gestiegen und jetzt werde abermals eine 30prozentige Erhöhung gefordert. Angenommen wurden noch folgende Anträge: „Hat der in einem Krankenhause Untergeordnete keine Angehörigen, so ist ihm neben freier Kur und Beschleppung ein Krankengeld von $\frac{1}{10}$ bis zu $\frac{1}{4}$ des durchschnittlichen Tagelohnes

zu gewähren.“ — „Da nach der Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 25. Mai 1903 der § 29 eine Aenderung nicht erfahren hat, beschließt der Verband, eine Petition an die Regierung zu richten mit der Bitte, dem Reichstage eine Vorlage unterbreiten zu wollen, wonach es den Krankentagen gestattet ist, die bei Beschädigung von Krankentagenkongressen und Verbandstagen entstehenden Unkosten aus Kassenmitteln decken zu können. Als Verwaltungskosten gelten auch solche, die für Teilnahme an Beratungen und im gemeinsamen Interesse der Krankentagen erfolgen, aufgewendet werden.“ — Sodann wurde beschlossen, einen Antrag an die preussische Regierung zu richten, in allen Fällen die Genehmigung zur Gründung von Innungsstassen zu verweigern, wo sie nicht mehr leisten wie die Ortskrankentagen. Dem § 82 b soll folgende Fassung gegeben werden: Arbeitgeber, die den von ihnen beschäftigten Personen auf Grund des § 53 Lohnbeträge in Abzug bringen, sowie Arbeitgeber, die nach § 53 Absatz III verpflichtet sind, diese Lohnabzüge zu machen, diese Abzüge aber der Kasse vorenthalten, werden mit Gefängnis im Wiederholungsfall bestraft. — Zum Zwecke der Regelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der Beamten in den Krankentagen wurde eine Kommission gewählt. Ein Antrag verlangt die Ausdehnung der Invalidenversicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende, sofern ihre Krankenversicherungspflicht durch Ortsstatut ausgeschlossen ist. Dieser Antrag sowie ein weiterer folgender Inhalt werden angenommen: „Die geschäftsführende Kasse möge geeignete Schritte einleiten, daß bei Uebernahme des Selbstvermögens durch die Versicherungsanstalten die zu Ueberweisen nicht wie bisher von einem Vertrauensarzte untersucht und die Ueberweisung von diesem abhängig gemacht wird, vielmehr in den einzelnen Ortskrankentagen Verzekommissionen zu diesem Zwecke zu bilden sind.“ Auf Antrag Leipzig werden zu Organen des Zentralverbandes der Ortskrankentagen Deutschlands die Krankentagen-Zeitung, die Arbeiter-Versorgung und die volkstümliche Zeitschrift für praktische Arbeiterversicherung bestimmt. Leichsenring-Strasburg und Fischer-Weimar beantragten, alle für Ortskrankentagen geleisteten Arbeiten nur bei solchen Unternehmern feststellen zu lassen, welche die vereinbarten tariflichen Löhne bezahlen. Dieser Antrag wurde mit wenigen Stimmen angenommen. — Eine Resolution, die zur Hebung der sozialen Lage der Arbeiter vor allem die Arbeitszeitverkürzung für nötig erklärt, wird gegen drei Stimmen angenommen. Eine andre Resolution, die sich mit den Beschüssen des Krankentagkongresses einverstanden erklärt und die die Selbstverwaltung beschränkenden Bestimmungen der Krankentagen bebauert, wurde einstimmig angenommen. — Der nächste Verbandstag soll in München abgehalten werden. — Im Namen der geschäftsführenden Kasse gab Haferkorn-Leipzig die Erklärung ab, daß sie nach der Kritik und der Behandlung, die gestern ihr angetan sei, den Vorsitz niederlege. Nach langen und teilweise sehr erregten Debatten und nachdem die Leipziger vergeblich zur Zurücknahme ihres Beschlusses aufgefordert worden waren, wurde einstimmig Bescheid mit der Fortführung der Geschäfte der geschäftsführenden Kasse betraut. — Dieser Punkt dürfte in der Folge noch zu umfangreichen Debatten Anlaß geben. Deshalb tragen wir nach, was über diesen Vorgang die Schlesische Zeitung zu berichten weiß. Sie schreibt: „Der Vorsitzende Steinmeyer-Leipzig nahm in seiner Eigenschaft als Vertreter der Kasse Leipzig, die seit zehn Jahren die Geschäftsführung des Verbandes befehligt, das Wort zu der Erklärung, daß diese Kasse ihr Amt als Geschäftsführerin des Verbandes niederlege. Als Grund dafür gab der Redner in der gestrigen Sitzung bei der Erörterung des Jahresberichtes vorgebrachten Mängelungen der Tätigkeit des Vorstandes an. In der sehr langwierigen und lebhaften Debatte, die sich infolge dieser Erklärung entspann, wurde von einigen Delegierten der tiefer liegende Grund der Demission der Leipziger Kasse offenbart — von einem der Redner mit dem Worten: „Den Leipziger Herren geht die Richtung des Zentralverbandes zu weit nach links!“ Der Vorsitzende Steinmeyer bestätigte das schließliche und bemerkte unter Anspielung auf die gestern gefallenen heftigen Angriffe auf verschiedene Behörden: Der Vorstand bezweifle, daß der Verband auf einem bessern Wege wandeln werde, als auf dem bisher vom Vorstande eingeschlagenen. Die Behörden brauche man doch, und wenn man etwas von ihnen erreichen wolle, komme es auch auf die Form an. Der Vorstand habe allerdings geglaubt, sich in ein andres Verhältnis zur nächsten Aufsichtsbehörde und den Reichsbehörden bringen zu müssen, als dies von anderer Seite beliebt werde. Es werde aber offenbar im Zentralverbande eine andre Richtung gewünscht, als die von der Leipziger Kasse bisher eingeschlagene, und so solle der Verband in Frieden die Leipziger Kasse ihres Amtes entsetzen.“ — Bemerkenswert ist, daß die Leipziger Kasse auf dem Krankentage von vier Arbeitern und zwei Arbeitgebern vertreten war, so daß also gerade die Arbeiter „den Zug nach links“ bebauert haben müssen. Der Leipziger Kassenvorstand selbst besteht aus zwölf Arbeitern und sechs Arbeitgebern und muß wohl auch schon in diesem Schoße diese Frage erörtert worden sein. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die Krankentage eine neutrale Institution bleiben müssen und keinen anderen Einflüssen unterworfen sind, als denen der Förderung und des Ausbaues der Kassen zu Gunsten der Versicherten.

Korrespondenzen.

H. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenfegerverein.) Die Septemberversammlung beschäftigte sich eingangs mit dem Corr.-Berichte der Augusterversammlung, da er verschiedene Unrichtigkeiten enthielt. Die Angelegenheit der Königsberger Maschinenfeger ist bereits vom Vorsitzenden im Corr. richtig gestellt worden. Betr. die Angelegenheit Höhne contra Felz ist zu berücksichtigen, daß von Gefälligkeit in der Debatte keine Rede gewesen, was von sämtlichen Rednern erklärt worden ist; außerdem haben alle Kollegen das Verdienst des Kollegen Felz um die Interessen der Maschinenfeger anerkannt, selbst der Ankläger, Kollege Höhne. Aber das, was man gegen Kollegen Felz ins Feld führte, überwog seine Verdienste, woraus sich auch die Annahme der Resolution erklärt. Der Verfasser des Berichtes hat lebhaftig nur seine eigene Meinung zum Ausdruck gebracht und so ein falsches Bild der Versammlung gegeben. — Unser Gauvorsitzer Massini gab darauf in längeren Ausführungen Bericht über die Verhandlungen mit der Direktion der Typographiefabrik wegen der Herstellung guten Sages in der Schule und erklärte zum Schluß, daß dafür nicht die Gesellschaft, sondern in erster Reihe die Firmen verantwortlich zu machen wären, die in der Fabrik guten Sag herstellen lassen. Aufgabe des Tarif-Ausschusses müsse es sein, zu entscheiden, was dagegen zu tun sei. In der Diskussion teilte man im großen und ganzen die Ansicht des Kollegen Massini, welcher auch die Lehrverhältnisse in der Typographieschule streifte und dieselben als vorzüglich bezeichnete; die anwesenden Typographen konnten sich dieser Meinung nicht anschließen. Erwähnt wurden bei dieser Gelegenheit auch die geradezu traurigen Verhältnisse, unter welchen die lernenden Kollegen in der Merzentaler Sebmachinenfabrik „ausgebildet“ werden. Der Vorsitzende machte sodann zwei Entschiede des Tarif-Ausschusses in Sebmachinenangelegenheiten bekannt. Kollege Muffka gab hierauf eine Uebersicht über die Statistiken der Maschinenfegervereine Erzgebirge-Bogtland und Meißnisch-Westfalen, welche sehr interessierten; Referent anerkannte die Tätigkeit der Vereine, versetzte aber auch nicht, daß es noch reger kräftiger Arbeit der Maschinenfeger bedürfe, um in einzelnen Gegenden befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Beim Punkte Tarifisches wurden vom Kollegen Dürl einige Positionen des professorischen Entwurfes verlesen und erläutert, von der Versammlung diskutiert und mit einigen Aenderungen genehmigt; der vorgeordneten Zeit wegen mußte die weitere Besprechung abgebrochen werden, und wird dieser Gegenstand den ersten Punkt der Oktoberversammlung bilden. Es wurde dann das Resultat der Wahl der Zentralkommission verkündet; die Wahl war mittels Stimmzettel in den einzelnen Druckereien erfolgt. Eingegangen waren 84 Stimmzettel, 3 davon waren ungültig. Es erhielten die Kollegen Arthur Eichler (1. Vorsitzender) 77 Stimmen, A. Dürl (2. Vorsitzender) 70 Stimmen, Ernst Wieland (Schlichter) 71 Stimmen, Max Büllhoff (Kassierer) 79 Stimmen, Georg Kiefer (Beisitzer) 53 Stimmen, Robert Casar (Beisitzer) 47 Stimmen. Besucht war die Versammlung von 46 Mitgliedern und zwei Vertretern des Gauvorstandes. Nächste Versammlung am 4. Oktober.

o- Berlin. Die Feier seines 50jährigen Berufsjubiläums begeht am 1. Oktober der Druckerkollege Franz Wendt in der Buchdruckerei Germania, A.-G.

Berlin. In dem Berliner Versammlungsberichte vom 2. September (Nr. 107 des Corr.) sind meine Ausführungen in einer Weise wiedergegeben, daß sie zum Teile gerade das Gegenteil von dem darstellen, was ich wirklich gesagt habe. Ich sehe mich daher genötigt folgenden zu berichtigen: 1. Ich nicht der Schriftführer sondern die Geschäftsleitung habe richtig gehandelt, als sie einen Wechsel in der Stereotypie vornahm. In Wirklichkeit habe ich erklärt, daß ich in der Angelegenheit des Stereotypens Heine ganz energisch und wiederholt dafür eingetreten bin, daß H. in seiner Stellung zu belassen sei, mindestens aber seinen früheren Lohnsatz weiter erhalten müsse. (Ich rief noch den anwesenden Kollegen H. zur Beistützung auf.) Den Satz wegen des besten Aussehens des Blattes habe ich in einem ganz andern Zusammenhang gebraucht. 2. Zur Entlassung Hiesels habe ich ausgesprochen: daß der Ausschuß keine Maßregelung hierin erblicken konnte, da die Geschäftsleitung in die Zwangsloge verkehrt war, entweder die Kündigung der drei übrigen Stereotypen anzunehmen oder aber den einen (H.) zu entlassen. Irrenwählige Lohn- oder sonstige Differenzen aus dem Arbeitsverhältnisse lagen hierbei nicht vor. Ich habe weder den Ausdruck gebraucht: „die Entlassung H. sei gerechtfertigt“, noch einen ähnlichen. 3. Was die durch den Gauvorstand einberufene Versammlung betrifft, so habe ich mich nicht darüber aufgehalten, daß dies ohne meine Einwilligung geschähe sei, sondern ich habe dagegen Protest erhoben, daß der Gauvorstand, ohne vorher mit den Vertrauensmännern darüber beraten zu haben, welche Mittel und Wege noch zu benutzen wären, einen etwaigen Konflikt zu verüben, das Personal zusammenzubringen und so den Konflikt geradezu heraufbeschwor. Zum Beweise dafür, daß hier eine große Aktion geplant war, habe ich angeführt, daß Massini sich mit einem Stabe von etwa 30 Personen, bestehend aus Gauvorstandsmitgliedern, Vertretern der Stereotypen-, Hilfsarbeiter usw. umgeben hatte. Von einem „Stabe“ überfüßigerweise hinzugezogenen Hilfsarbeitern“ habe ich nicht gesprochen. Weiter habe ich den Satz nicht vorgebracht: (es handelt sich um den Beschluß der Geschäfts-

versammlung) „es sei derselbe gefaßt worden, ohne daß die abstimmenden Mitglieder es mit ihrer tatsächlichen Meinung über die Angelegenheit wahrscheinlich in Einklang zu bringen vermöchten.“ Ich habe vielmehr gesagt: „Es beweist dafür, wie man bestrebt war, dieser Versammlung den gewünschten Stempel aufzudrücken, sei bemerkt, daß eine Resolution aus der Mitte der Versammlung, welche verlangte, daß, ehe weitere Beschlüsse gefaßt werden, erst der Weg der Verhandlung versucht werden solle, vom Vorstande mit dem Bemerkten abgelehnt wurde.“ Das ist nichts halbes, das ist nichts ganzes — im übrigen ist unser Entschluß schon gefaßt.“ Ich erklärte weiter, daß es frivolo gehandelt sei, durch solche Maßnahmen ein Personal vor den Ausstand zu stellen. Man habe damit direkt gegen die Interessen des Verbandes gehandelt. 4. Betreffs des Stereotypenarbeitsnachweises habe ich gesagt, daß hier bei den getroffenen Abmachungen manches nicht recht klar gewesen sein müsse, da die Meinungen über die eingegangenen Verpflichtungen verschieden seien. Die „biden Freundschaftsbestrebungen“ haben auch einen ganz andern Sinn gehabt, aber es verlohnt sich nicht, darüber zu berichten. Alb. Faber.

Hauptort. Zu Nr. 106 unseers Verbandsorgans berichtet K. in Speier über zwei schlecht besuchte Versammlungen, in denen — liebes, altem Brauche gemäß — man wieder sich in unbegründeten persönlichen Gefälligkeiten erging. Da auch meine Person angegriffen wird, zwingt man mich zu einigen Bemerkungen. „Ueber Hochhaltung des Statuts“ lautete die Tagesordnung. Meiner Ansicht nach wäre es besser gewesen, wenn man sich zunächst mit Hochhaltung des Tarifes beschäftigt hätte; da würde sich für K. zunächst in seinem engern Wirkungskreise ein dankbares Feld zur Betätigung bieten. — Nachstehend beru zu Grunde liegende Fall: Mit einer tarifreuen Firma auswärts stand ich im Frühjahr d. J. in Unterhandlung, als mir zu dieser Zeit eine Ausstiftungsposition in Speier angeboten wurde, die ich einmal aus obigem Grunde ausschlug resp. mich bereit erklärte, bis zu meinem Engagement arbeiten zu wollen, falls mir 25 Mk. gezahlt würden. Dann wieder hatte ich meinen Grund, nicht anzunehmen, weil ich nicht zu gewissen Zwecken dienen wollte. Die Sache wurde also nicht perfekt. Man entzog mir infolgedessen die Unterstützung, ebenso sprach mir die Bauverwaltung dieselbe ab. Von meinem Rechte Gebrauch machend, wandte ich mich an den Zentralvorstand, den ich ebenfalls in wahrheitsgetreuer Weise von der Sachlage unterrichtete. Da sich derselbe nun „anmaßte“, mir die Unterstützung zuzusprechen, die der Bezirksausschuß Speier verweigerte, wird nun unsere höchste Instanz deshalb angegriffen. Man ist sich einig geworden, ich müßte einen „entstellenden“ Brief nach Berlin geschrieben haben. Allerdings konnte ich darin nicht beschweigen, daß der Bezirksausschuß dem Drucker St. zu Unrecht monatlang die Unterstützung gewährte, die er mir aus durchschlagigen Gründen vorenthielt. Man zwingt mich nicht, an dieser Stelle deutlicher zu werden. W. Sch.

Rundschau.

Die Revisionsdebatte auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Dresden ist durch zwei gewaltige Reden Bebel's und Vollmar's eingeleitet worden. Wenn wir uns darüber, nicht von unserm eignen bekannten Standpunkte in dieser Frage, sondern aus objektiv äußeren jollen, so dürfte diese Debatte ausgehen wie das Hornberger Schießen. Die stets bereite Resolution, mit der für die Außenwelt die Einigkeit im Innern deklariert wird, findet keinen Widerspruch, ergo hat man sich wieder einmal ganz unnötigerweise aufgeregt. Gewiß, Bebel hat sich in seiner Rede manche Entgegnung geliefert und wir stellen seinen gerade jetzt zum Ausdruck gebrachten übertriebenen Radikalismus keineswegs, aber im Kerne der Sache hat er Recht, daß die „Stegmüllerei“ — die wir erfindlich finden — so oder so zur Entscheidung dränge. Recht hat er ferner, wenn er sich gegen „die Unentschiedenen und Unentschlossenen“ wendet, die nicht sagen, was sie wollen, denn man kann nicht gleichzeitig, wie es Vollmar tut, von einem „Umwandlungsprozesse“ in Staat und Gesellschaft sprechen und dabei für die Resolution Bebel-Singer-Kautsky stimmen. Oder wie Kolb-Karl'sche, der vor dem Parteitag die Frage aufstellte: „Revolutionäre Evolution oder soziale Revolution?“ und dazu sagte: „Entweder oder! Für eine dieser beiden Theorien müssen wir uns entscheiden. Das und nichts anderes ist der springende Punkt im Streite zwischen Kautsky und Bernstein. Wenn das jetzt lebende Proletariat sich damit zufrieden gibt, einer Theorie zuzuhören, prinzipiell auf jeden positiven Einfluß überall dort zu verzichten, wo mit dem Fördern auch zugleich eine Anteilnahme an der Verantwortung verbunden ist; wenn es mit anderen Worten an die successive Verwirklichung seiner Reformforderungen, wie sie der zweite Teil unseers Programms enthält, nicht glaubt, dann müssen aus dieser Theorie auch alle sich ergebenden Konsequenzen gezogen werden; dann hat es keinen Zweck, den Arbeitern für ihre Gewerkschaftsorganisation so große Opfer aufzulegen; dann ist die Gründung von Konsum- und Produktgenossenschaften überflüssig und zwecklos; dann auch fort mit dem Parlamentarismus, der die revolutionäre Energie des Proletariats lähmt.“ Wenn die Klassenbewegung nur gestürzt werden kann, dann ist die Propaganda für den Generalfreist zweckmäßiger und konsequenter als die „revolutionäre Energie“ des Pro-

letariats lähmende bisherige Taktik der parlamentarischen und sozialen Aktionen. Wir haben uns zu entscheiden, ob wir aus der Zusammenbruchstheorie oder aus unserer bisherigen Praxis alle sich ergebenden Konsequenzen ziehen wollen. Die Revisionsisten verlangen keine Verleugung der bisherigen Taktik, sondern nur, daß man endlich aus ihr die logischen Schlußfolgerungen zieht und anerkennt.“ Man muß sich an den Kopf greifen, wenn jetzt Kolb in Dresden erklärt: „Der Revisionismus ist ein Speisek, das in Wirklichkeit noch niemals existiert hat, es ist daselbe wie der Richterliche Zukunftsstaat, der erst konstruiert werden mußte, um dann auf den angeblichen sozialistischen Zukunftsstaat loszuhaben zu können.“ Und oben steht der gute Mann die spezifischen Eigenschaften des Revisionismus auseinander. Dieser selbe Redakteur Kolb erklärte, ebenfalls für die Resolution Bebel-Singer-Kautsky stimmen zu wollen, in der es heißt: „Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die reVISIONistischen Bestrebungen... daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Ueberwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.“ Und da verübelt es Vollmar dem heißblütigen Bebel, daß dieser von Drückerbergerei u. dgl. spricht. So eine einzigartige, glänzende diplomatische Leistung die Rede Vollmar's ist — wir kommen auf sie noch zurück — sie würde nur dann eine Tat sein, wenn Vollmar seinen logischen Gedankengang nicht durch die Zustimmung zur Bebel'schen Resolution gestört hätte. Vollmar's Ausführungen und diese Zustimmung sind unvereinbar Gegenstände. Die Meinungsfreiheit im Spiegelbilde des Bescheidverbrechtes des Soldaten ist mit dieser Resolution in der s.-d. Partei auf neue erhärtet und im praktischen Parteeleben ist die Rede Bebel's der Kommentar dazu.

Einen Vorschlag zur Güte nennt es der Nichtbuchdrucker Weisler in dem von ihm herausgegebenen fränkischen Landboten, das ganze Junkerwesen zu monopolisieren und zwar dergestalt, daß in jeder Stadt oder jedem Bezirke ein amtliches Anzeigenblatt ohne Text herausgegeben werden solle, das jedes nicht anjüngliche Junker ausnehmen muß, während den übrigen Zeitungen die Aufnahme bezahlter Annoncen und Reklamen verboten wäre. Die nächsten Folgen wären natürlich, daß Staat oder Gemeinden eine bedeutende Einnahmequelle bekämen und — daß eine große Anzahl der heutigen Zeitungen eingingen. Die weitere Folge aber wäre, daß die heute unter der unlauteren Konkurrenz der Reklamewische lebenden eifrigen Blätter Luft bekämen. Das Publikum würde dann wieder seine Zeitung des redaktionellen Inhaltes und nicht der Junkere wegen halten und lesen, und der Wettbewerb unter den Zeitungen wäre auf naturgemäße Bedingungen zurückgeführt. Der Herr Weisler in dem hieberten Landstädtchen Thurnau würde bis auf den Tod erschrecken, wenn man seinen Vorschlag mit allen Konsequenzen als staatssozialistisch bezeichnen würde. Denn was den Zeitungsbesitzern recht, ist den Schneidern und Schuftern billig. Schließlich kann man in einer Regierungsbücherei die Sechspfund-Brote baden lassen und den Bäckermeistern überläßt man die Beißware. Was fangen nun die übrig gebliebenen „Zusertarner“ an? Sie gehen nach Thurnau und gründen „ehrlische Blätter“, bezaheln keinen Tarif, versehen vom Buchdruckgewerbe nichts, machen den gelehrten Gewerksanhängigen unlautere Konkurrenz und führen den „Wettbewerb“ unter den Zeitungen auf naturgemäße Bedingungen zurück! In der gleichen Nummer seiner Zeitung wendet sich Herr Weisler mächtig gegen die Schmutzkonkurrenz, er selbst aber behandelt in Theorie und Praxis den Buchdrucker tarif als Luft.

Generalabfütterung. Der Zeitschrift liegt der Prospekt eines Berliner „Zentralbüros“ für die deutsche Presse“ bei, aus dem wir zu Nutz und Frommen der geistigen Erziehung des deutschen Volkes einiges hier abdrucken möchten. Dieses Zentralbüro gibt eine „deutsche Reformkorrespondenz“ heraus und sagt darüber: „Die Deutsche Reformkorrespondenz ist eine Platten- (resp. Warten-) Korrespondenz, die in 20 Cicero breiten, umbrechbaren Spalten geliefert wird. Sie erscheint wöchentlich sechs mal und gelangt mit den Nachzügen zur Verendung. Sie bietet täglich etwa 740 Zeilen Saß.“ Damit ist das um die Volksbildung besorgte Zentralbüro noch nicht zufrieden, denn es fabriziert auch eine „Tägliche Unterhaltungsbeilage“, von der es heißt: „Diese wird ebenfalls in druckfertigen Platten oder guffertigen Matrizen geliefert. Sie wird in Quartzeilen hergestellt und bietet täglich etwa 600 Zeilen Lesestoff in eigenartiger Redaktion, entsprechend der Technik des modernen Journalismus.“ — Wie dieser „moderne Journalismus“ funktioniert, darüber heißt es weiter: „Der mit nicht großem Etat arbeitende Verleger kann nur Aufwendungen auf der einen Seite machen, wenn er Ersparnisse auf der andern erzielt. Eine jährliche Ersparnis von einigen tausend Mark bedeutet für den mittleren und kleineren Verleger der Bezug aktuell fertigen Zeitungspapieres, wie ihn das Zentralbüro für die deutsche Presse in den Spaltenplatten liefert. Das Zentralbüro ist ein Plattenunternehmen großen Stils, das sich von den früheren Versuchen ähnlicher Art dadurch unterscheidet, daß es dem deutschen Zeitungverleger nicht bloß Saß, sondern auch einen Lesestoff bietet, der sein Blatt in allen Zeilen interessant und inhaltlich unabhängig macht von der großen Presse. Diese Verbindung von Stereotypie und Journalismus hat sich — wie der Herausgeber

eines angesehenen Fachblattes spontan bestigt — als die größte ökonomische Wohltat für den Verleger mittlerer und kleinerer Blätter erwiesen.“ — Man sieht, diese journalistische Fabrik verfolgt auch ideale Ziele; sie will die kleinen Verleger „inhaltlich unabhängig“ machen von den großen Zeitungen und stellt zu diesem Zwecke einen großen Vorrat Futter zur Verfügung, das für jedes und für jeden genießbar sein soll, weil es „nach modernen journalistischen Maximen bearbeitet und scharf durchgeheilt“ ist. Diese Generalabfütterung eignet sich natürlich nur für solche Blätter, deren Leserkreis sich aus verböbeten, stumpfsinnigen Speisern rekrutiert.

Die bürgerlichen Sozialpolitiker waren dieser Tage in Hamburg versammelt, doch verlief der „Tag“ ziemlich bedeutungslos.

In Basel tagte die Kommission der internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz hinter verschlossenen Türen, so daß sich eine Wiedergabe der Verhandlungen nicht lohnt, die jedenfalls zurechtgestutzt an die Öffentlichkeit gebracht werden.

In Leipzig wird in den nächsten Tagen ein sächsischer Baugewerketag abgehalten werden, wobei unter anderem über die diesjährigen Streiks sowie über die Arbeitslöhne auf Staatsbauten Ausprachen stattfinden. Zu letztem Punkte liegt auch ein Antrag der Innung der Baumeister zu Leipzig vor, nach dem die sächsische Staatsregierung ersucht werden soll, in ihren Bauverträgen die Bedingung aufzunehmen, daß die Unternehmer zu verpflichten sind, den Arbeitnehmern die am Bauorte zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern vereinbarten Mindestlöhne auszusahlen.

Zur Steuerereinsparzung. Bekanntlich wird jeder Pfennig, den der Arbeiter verdient, bei der Steuerereinsparzung ermittelt, ja sogar der Verdienst von Ueberstunden unterliegt der Besteuerung. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die reichen Leute oft kaum die Hälfte ihres Einkommens einsparzen und jährlich dadurch vielleicht hunderte von Millionen dem Staate zu ungunsten der „kleinen Leute“ entzogen werden. Ein besonders drastischer Fall für das Kapitel der Steuerhinterziehung wird jetzt aus Saarbrücken gemeldet, wo der Kaufmann F. Watzinger, der noch dazu Mitglied der Steuerereinsparzungskommission war, sein Einkommen in den letzten Jahren auf jährlich etwa 8000 Mk. deklarieren hatte. Die Steuerbehörde zweifelte stets diese Summe an und reichte jetzt Klage gegen Watzinger ein. Festgestellt wurde, daß dieser ein jährliches Einkommen von mindestens 22000 Mk. hatte, worauf er zum achtfachen Betrage der hinterzogenen Steuersumme in Höhe von 26096 Mk. verurteilt wurde.

Eine originelle Form des Streikpostenstehens haben infolge der polizeilichen Bedrängnisse die Arbeiter in Crimmitschau gewählt. Sie haben nämlich in verschiedenen Wohnungen vor den Fabriken Fenster gemietet, und hier vor diesen Fenstern sitzt nun in aller Gemütsruhe der Streikposten stehende Arbeiter und beobachtet scharf alle Vorgänge in der Fabrik.

In Jossen sind in der dortigen Buch- und Kunst-druckerei sämtliche Buchbinder und Hilfsarbeiterinnen in den Ausstand getreten.

Die Marmorarbeiter in Berlin haben mit ihren Unternehmern einen Tarifvertrag abgeschlossen. Der selbe soll zweijährige Dauer besitzen und enthält mancherlei Aufbesserungen der Lage der betr. Arbeiter. Der Gewerbetrichter v. Schulz gab die Erklärung ab, daß er versuchen werde, den Magistrat zu veranlassen, daß die städtischen Arbeiten nur tarifreuen Geschäften übergeben werden.

Der Streik der Berliner Gürtler gewinnt immer noch an Ausdehnung. Bis jetzt haben 62 Firmen mit 427 Gürtlern deren Forderungen bewilligt. — Auch in Mainz sind die Gürtler wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Angehörigen der allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft sind in eine allgemeine Lohnbewegung eingetreten.

Wegen angeblichen Landfriedensbruches sind in Plauen i. B. zwei Maurer zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das „Verbrechen“ soll gelegentlich des letzten Maurerstreiks in Plauen verübt worden sein.

Zu 5 Mk. Geldstrafe wurde in Halle a. S. ein Arbeiter verurteilt, weil er während der letzten Reichstagswahl in einem Vorzimmer des Ballotales, wo er Stimmentzettel verteilte, dem ihn zurechtweisenden Wahlvorsteher zugerufen hatte: „Sie sind früher auch bloß Zimmermann gewesen!“ Was ist der gute Mann denn jetzt, weil er sich durch die Erinnerung an seine frühere berufliche Tätigkeit so beleidigt fühlte?

In Gernersheim wurde ein Polizeiwachtmeister wegen Verleumdung mehrerer junger bayerischer Prinzen zu einem Monate Festung verurteilt.

Amerikanische Druckerarbeiterlöhne. Nach einer vom amerikanischen Prinzipalverbande United Typothetae aufgestellten Statistik über die von ihnen gezahlten Löhne ergibt sich, daß der geringste Lohn im Staate Vermont gezahlt wird, nämlich ein gewisses Geld von 12 bis 13 1/2 Dollars für Sezer und Maschinemeister, 12 Doll. für Einleger und 9 bis 12 Doll. für Tiegeldrucker. Den höchsten Lohn zahlt Galveston (Texas) mit 20 Doll. für Handsezer, 25 Doll. für Maschinensezer, 18 bis 22 1/2 Doll. für Maschinemeister. New York zahlt etwas weniger, nämlich gleich Chicago 19 1/2 Doll. für Hand-, 21 bis 24 Doll. für Maschinensezer, 20 bis 22 (Chicago 22 1/2)

Dollars für Maschinenmeister, 12 bis 14 Doll. für Einleger, 6 bis 12 Doll. für Fiegelbruder. Der Berechnungspreis schwankt zwischen 25 Cents (Bermont) und 45 Cents (New York, San Francisco) für je 1000 M. Die allgemeine Arbeitszeit beträgt 9 Stunden täglich oder 54 Stunden wöchentlich; San Antonio (Texas) hat für Seher 53, San Francisco 51, Knoxville (Tenn.) und Omaha (Neb.) für Maschinenfeher 48 Stunden Arbeitszeit bei 21 Doll. Lohn wöchentlich.

Briefkasten.

R. S. in Duedlinburg: Wer einen derartigen Vertrag unterschreibt, ist nicht recht bei Trost. Warum haben Sie denn nicht vorher angefragt; immer erst, nachdem die Dummheit gemacht ist und man weder aus noch ein weiß, dann sollen wir eine befriedigende Auskunft geben können. Der Vertrag verstößt gegen die „guten Sitten“, deshalb ungültig. Siehe § 138 des B. G.-B. Für unser Mitglied trifft bei dem von Ihnen in Aussicht gestellten Falle auch der § 626 des B. G.-B. zu. — R. G. in Zeit: Wir können Ihnen nur abraten, oder wollen Sie Ihr Geld mit Gewalt los werden? — D. B. in Fr.: Wollen sehen, ob wir es in der „Nebersicht“ behandeln können. — P. K.: Ist uns nicht bekannt und dürfte auch schwerlich vorhanden sein.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamsiploß 5, III.

Bekanntmachung.

Die verehrlichen Verbandsfunktionäre gestatten wir uns aus Anlaß des nahenden Quartalschlusses an die Ausfüllung der Karten für die Arbeitslosenstatistik zu erinnern. Als letzter Tag des Quartals gilt diesmal Sonnabend, 26. September. Dann bitte zu beachten, daß die Zusätze zur Verbandsunterstützung den Unter-

stützungssummen hinzuzurechnen sind. — Die ausgefüllten Karten müssen spätestens am 8. Oktober in unseren Händen sein; später eingehende können keine Verwendung finden.

Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Mittwoch den 23. September, abends 8^{1/2} Uhr: Vereinsversammlung im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Bezirk Bochum. Die Adresse des Bezirksvorsitzenden lautet vom 1. Oktober ab: H. Danneier, Bahnhofstraße 58.

Bezirk Oldenburg. Die Adresse des Bezirkskassierers lautet nunmehr: August Barr, Radorsterstraße 100.

Barmen. (Maschinenmeisterverein „Wuppertal“). Der Vorstand setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Bernhard Jakobs, Köbigerstraße 8; Vorsitzender; Eugen Felsner, Hellw. Vorländer; Karl Henke, Barmen-Mittershausen, Weyenburgerstraße 1, Kassierer; Eduard Vogel, Schriftführer.

Das Viatikum wird in der Geschäftsstelle des Kassierers Karl Henke in Barmen, Schwarzbachstr. 19, ausgezahlt.

Oldenburg. Der ohne Buch abgereiste Seher Joh. Dehler aus Bremen wird hierdurch aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, weil sonst Ausschluss beantragt wird. — Um Mitteilung des jetzigen Aufenthaltsortes des Sehers F. Bahde, zuletzt in Bielefeld, bittet Aug. Barr, Radorsterstraße 100.

Helmstedt. Die Adresse des neugewählten Kassierers lautet von jetzt ab: Walter Lauterbach, Schüttenbelle 44.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

Zu Burg b. M. die Seher L. Friedrich Sowak, geb. in Wistegiersdorf i. Schl. 1878, ausgel. das. 1896; 2. Theodor Nowebder, geb. in Hamburg 1881, ausgel. in Buxtehude 1900; waren schon Mitglieder; 3. Emil Schmidt, geb. in Angermünde 1878, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — Maxim. Steffenhagen, Zerster Chauje 2.

Zu Dresden der Galvanoplastiker Emil Guttmann, geb. in Kirchhain (O.-S.) 1877, ausgel. in Dresden 1903; war noch nicht Mitglied. — Zu Pitzna der Schweizerdegen Hermann Tjehl, geb. in Grottau (Böhmen) 1885, ausgel. in Pitzna 1903; war noch nicht Mitglied. — H. Steinbrück in Dresden, Mathildenstraße 7, I.

Zu Schwere der Seher Karl Klein, geb. in Schwere 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — R. Engelbach in Rassel, Rastenaßgasse 12, II.

Zu Frankfurt a. M. der Seher Friedrich Hein, geb. in Kahl a. M. 1885, ausgel. in Frankfurt a. M. 1903; war noch nicht Mitglied. — S. Kumbler in Frankfurt a. M.-Sachsenhausen, Dreieckstraße 39, I.

Zu Hörde der Seher Fritz Sureit, geb. in Augustagiren 1885, ausgel. in Hörde 1903; war noch nicht Mitglied. — In Anna der Seher Otto Ziemann, geb. in Lauenburg 1884, ausgel. in Stargard 1903; war noch nicht Mitglied. — Feinr. Becker in Dortmund, Kieselstraße 5, I.

Zu Billingen die Seher I. Gustav Stoll, geb. in Calw (Württemberg) 1877, ausgel. das. 1896; 2. Herm. Schell, geb. in Billingen (Hohenzollern) 1878, ausgel. in Balingen (Württemberg) 1895; waren noch nicht Mitglieder. — Wilsf. Christmann in Nahr, Schloßerstraße 2.

Zu Wanne die Seher I. Paul Seeliger, geb. in Kranzshof bei Zillitshau 1878, ausgel. in Zillitshau 1896; 2. August Ruchmann, geb. in Buer 1884, ausgel. in Gladbeck 1902; 3. Joh. Gressmann, geb. in Teuberbischhofshausen 1880, ausgel. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder. — H. Danneier in Bochum, Mauritiusstraße 16.

Bremer Buchdrucker-Verein

Bezirksverein Bremen des V. d. D. B.

Sonnabend den 26. September, im Kolosseum, Düsternstraße 1:

Walkotte-Rezitations-Abend.

Vorträge des Gesangsvereins Gutenberg, Konzert, Ball.

Mitglieds-Herren: einsehl. Damenkarte 40, Fremde-Herrenkarte 50, Fremde-Damenkarte 25 Pf. Karten sind bei den Herren Vertrauensmännern sowie auch im Vereinslokale, Hansa-Halle, Altemweg, zu haben. An der Kasse im Festlokale werden Eintrittskarten nicht mehr verabsolgt.

Alle Kollegen mit ihren Damen, Freunden und Bekannten werden zu dieser Festlichkeit freundlichst eingeladen. Ebenfalls sind uns auswärtige Kollegen und deren Damen herzlich willkommen. — Anfang 7 Uhr. Das Begrüßungs-Komitee. 1807

Ich beabsichtige meine modern eingerichtete **Akzidenzdruckerei** [788] verb. m. Papierhandl., frankf. sch. an einen zahlungsf. Kaufmann billig z. ver. Das Geschäft besteht seit 12 J. u. bietet sichere Ertr. **Schmidt, Hannover, Bahnenwalderstr. 90.**

Gelegenheitskauf. Infolge Verkauf einer großen Partie Gläser gebe **Stammgläser**, 1/2 Liter Inhalt, mit **beliebigem Monogramm** und **Feingumdeckel** mit **Schilderwappen** für nur **2,50 Mk.** ab. Bei Bestellung von mindestens 5 Stück auf einmal erfolgt franco Lieferung. [803] **Nordböh. Kunsthandl. f. Galvanoplastik** Ursdori-Heid a. (Böhmen).

Schreibgewandte find. Lohn. Nebenbeschäftigung. **Paul Andr. Siggelkow, Schwerin i. M. [734]**

Ein Herr gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von **Zigarren** an Wirt. Händler u. w. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. **A. Rieck & Co., Hamburg. [804]**

Erster Akzidenzsetzer vertraut mit dem modernen Material, sowie ein sehr tüchtiger Jüngerer

Handpressendruker (Buchdruck) gesucht. Ausführliche Offerten erbeten an **Gebirder Steipel, Reichenberg i. B. [801]**

Selbständiger Akzidenzsetzer sucht sofort oder später dauernde Kondition. Werte Offerten unter Nr. 798 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Galvanoplastiker findet dauernde Kondition. Werte Off. m. Gehaltsansprüchen an **J. Chr. Zanker** in Nürnberg erbeten.

Galvanoplastiker findet dauernde Kondition. Werte Off. m. Gehaltsansprüchen an **J. Chr. Zanker** in Nürnberg erbeten.

Verleger: E. Döblin, Berlin. — Verantwortl. Redakteur: E. Kerpäuer in Leipzig. Geschäftsstelle: Salomonstr. 8. — Druck von Radelli & Gille in Leipzig.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Nach §§ 44 und 45 des Kassenstatuts besteht die Generalversammlung aus Vertretern der Kassenmitglieder und der Arbeitgeber, derart, daß die Wahl derselben in Abteilungen erfolgt. Es bilden die Mitglieder jeder Klasse je eine Abteilung.

Zu diesen Abteilungen haben die Kassenmitglieder die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen, während die zu Beiträgen verpflichteten Arbeitgeber auch Geschäftsführer oder Betriebsbeamte zu Vertretern wählen und in der Wahlversammlung sich durch solche vertreten lassen können.

Für 1903/1904 sind zu wählen:

in der I. Klasse . . .	229	Vertreter,
„ II. „ . . .	67	„
„ III. „ . . .	61	„
„ IV. „ . . .	63	„
von den Arbeitgebern	202	Vertreter.

Die Wahl der **Vertreter der Kassenmitglieder** findet **Sonntag den 4. Oktober** e. im **Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15**

statt und zwar **im großen Saale** für die Mitglieder der **ersten Klasse**: **Vormittags präzis 10 bis 11 Uhr** (um 11 Uhr wird der Wahllakt geschlossen)

für die Mitglieder der **vierten Klasse**: **Vormittags 11^{1/2} bis 12 Uhr** (um 12 Uhr wird der Wahllakt geschlossen), **in Saal V**

für die Mitglieder der **zweiten Klasse**: **Vormittags präzis 10 bis 11 Uhr** (um 11 Uhr wird der Wahllakt geschlossen),

für die Mitglieder der **dritten Klasse**: **Vormittags 11^{1/2} bis 12 Uhr** (um 12 Uhr wird der Wahllakt geschlossen).

Der Vorstand ladet zu zahlreicher Beteiligung in sämtlichen Klassen hierdurch ergebenst ein. **Wahlberechtigt** und **Wahlbar** sind nur diejenigen Kassenmitglieder, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Ihre Legitimation dient das Quittungsbuch, und werden die Herren Druckereiarbeiter gebeten, dasselbe **quittiert** den oben aufgeführten Mitgliedern behufs Teilnahme an der Wahl auszuhandigen. **Ohne Quittungsbuch ist die Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen.**

Die Arbeitgeber wählen in ungeteilter Wahlversammlung am **Mittwoch, den 7. Oktober** er., abends 8 Uhr **im Restaurant Feuerstein, Alte Jakobstraße 75,** und ladet der unterzeichnete Vorstand ebenfalls zu zahlreicher Beteiligung ein.

Den Herren Buchdruckereibesitzern teilen wir gleichzeitig mit, daß mit dem **1. Oktober** d. J. sich die Krankenversicherungs-Versicht auf alle männlichen und weiblichen Handlungsgeschäften und Befristung erstreckt, deren Arbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 6^{1/2} Mk. für den Arbeitstag oder 2000 Mk. für das Jahr nicht übersteigt. Als Gehalt oder Lohn im Sinne des Gesetzes gelten auch Zantener und Naturalbezüge; Reisepfefer dagegen sind als Gehalt nicht zu rechnen. Wir erlauben die Herren Arbeitgeber, die Annahme der oben bezeichneten Personen noch vor dem 1. Oktober d. J. bei unsrer Kasse bewirken zu wollen. Die Annahme muß enthalten: den **Vor- und Zunamen**, Geburtsdatum und Geburtsort sowie die Art der Beschäftigung des Angemeldeten; den **täglichen wöchentlichen oder monatlichen Gehalts-Arbeitsverdienst**, wofür er zurzeit bezieht. — Auch Korrekturen und ähnlich der schätzbare Angelegenheiten sind versicherungspflichtig. [805]

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin. **Joh. Glenz, Vorsitzender.** **Otto Wontsch, Schriftführer.**

Todes-Anzeige.
Am 18. September verschied plötzlich durch einen Herzschlag unser Freund und Kollege, der Setzer **Jakob Schmitt** aus Weinheim im Alter von 39 Jahren. Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren. [800]
Der Bezirksverein Frankfurt a. M.

Richard Häfel, Leipzig-R. Kohlgartenstrasse 48
Liefert Werke aller Art zu **Ladenpreisen** franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. **Minimal-Druckpreis-Latz** für das deutsche Buchdruckgewerbe nebst Bestimmungen für das Setzungsweisen. Vierte neu bearbeitete Auflage. 2 Mk. **Engelhard, Das Ausschreiben der Formen.** 1 Mk. **Rotations-Druckpresse nebst Antriebsapparat.** Von Btz. 5 Mk. **Stereotypen-Gehere.** Von Jernmann. 2 Mk. **Geb. 3 Mk.** **Brezang, Christus u. Gutenberg.** Prolog. 10 Pf.